

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig veröffentlichen

I. Bericht

Die Fraktion DIE LINKE hat den folgenden Antrag gestellt:

„Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig veröffentlichen“ (Drucksache 19/1622).

Jedes Jahr zu Anfang April beschließt die Bundesregierung den Berufsbildungsbericht, der vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) vorbereitet wird. Damit werden die gesammelten Zahlen zur Ausbildungssituation im Vorjahr veröffentlicht.

Im Bundesland Bremen gibt es kein derartiges Verfahren. Auch hier werden bis Ende März die gesammelten Daten zur Ausbildungs- und Übergangssituation für Bremen und Bremerhaven zusammengestellt. Sie werden jedoch nicht zu einem festen Zeitpunkt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, sondern gehen zunächst in das Plenum der „Bremer Vereinbarungen“. Erst danach werden die Daten den zuständigen Deputationen als Anhang zur öffentlichen Vorlage zugeleitet.

Dieses Verfahren ist unbefriedigend und undemokratisch. Statt die Öffentlichkeit unmittelbar zu informieren, gehen die Fakten erst in ein nicht öffentliches Gremium. Wann die Deputationen und die Öffentlichkeit die Zahlen erhalten, hängt davon ab, wann das Plenum der „Bremer Vereinbarungen“ zusammentritt. In jedem Fall geht Zeit verloren, und der Öffentlichkeit wird die Möglichkeit genommen, frühzeitig selbst die Daten zu bewerten und entsprechende Forderungen an die ausbildungspolitischen Akteure zu formulieren, bevor diese sich beraten.

Die Landesregierung soll daher ab sofort dazu übergehen, zu Anfang April die vollständigen Ausbildungs- und Übergangszahlen zu veröffentlichen, so wie dies auch auf Bundesebene üblich ist.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, künftig alljährlich Anfang April die ihr vorliegenden Daten und Zahlen zur Ausbildungs- und Übergangssituation im Land Bremen, die bislang erst als Anhang zum Bericht der Bremer Vereinbarungen zugänglich gemacht wurden, zu veröffentlichen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die entsprechenden Zahlen für das Ausbildungsjahr 2017/2018 unverzüglich zu veröffentlichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat am 30. Mai 2018 den Beschluss gefasst, den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu überweisen.

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen berichtet hierzu der Bürgerschaft (Landtag) wie folgt:

Zu den einzelnen Punkten des Antrages der Fraktion DIE LINKE:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, künftig alljährlich Anfang April die ihr vorliegenden Daten und Zahlen zur Ausbildungs- und Übergangssituation im Land Bremen, die bislang erst als Anhang zum Bericht der Bremer Vereinbarungen zugänglich gemacht wurden, zu veröffentlichen.

Im Unterschied zum im Antrag angeführten Berufsbildungsbericht, der in § 86 ff. des Berufsbildungsgesetzes geregelt ist, basiert die „Statistik zum Ausbildungsmarkt“, die die Partner der „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung“ alljährlich zusammenstellen, nicht auf einer gesetzlichen Verpflichtung, sondern auf einer freiwilligen Vereinbarung. Ergänzende Daten, Änderungen in der Darstellung und so weiter sind Ergebnis von Beratungen, nicht von gesetzlichen Vorgaben. Auf diese Weise ist es gelungen, ein umfangreiches Berichtswesen zu installieren, dass den Bedürfnissen der Partner, den Ausbildungsmarkt im Land Bremen umfassend zu beobachten und detailliert bewerten zu können, Rechnung trägt.

Die bisherige Verfahrensweise, dass zunächst die Partner der „Bremer Vereinbarungen“ über die Zahlen debattieren und die Unterlagen erst in einem zweiten Schritt der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden wird als vorteilhaft beurteilt; denn den Partnern wird die Möglichkeit eingeräumt, sich zunächst untereinander über die Entwicklungen auszutauschen und ihre jeweiligen Positionen zu erläutern. Dieser Schritt ist aus Sicht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen wichtig, um die Zusammenarbeit der Partner voranzubringen und eine fachlich hochwertige Bewertung der Daten vorzunehmen.

Darüber hinaus ist die im Antrag aufgeführte Formulierung „die vorliegenden Daten und Zahlen zur Ausbildungs- und Übergangssituation im Land Bremen“ sehr weit gefasst. In der Vergangenheit wurde das Format der Statistik immer wieder angepasst und sowohl erweitert als auch – aus Gründen der Übersichtlichkeit – gekürzt. Dieses Verfahren wird vermutlich auch in der Zukunft sinnvoll sein. Diese Freiheit in der Gestaltung des Formats sollte deshalb zukünftig erhalten bleiben.

Nach Auffassung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sollte aus den vorgenannten Gründen eine Veröffentlichung der Zahlen weiterhin nicht vor der Befassung durch das Plenum der „Bremer Vereinbarung“ vorgenommen werden.

Eine Veröffentlichung unmittelbar nach Sitzung des Plenums, somit also auch vor einer Befassung durch die Deputationen, kann hingegen aus Sicht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen befürwortet werden. Hier käme zum Beispiel eine Veröffentlichung auf den Websites der Ressorts direkt nach dem Plenum in Betracht. Eine Umstellung des Verfahrens könnte ab dem nächsten Jahr erfolgen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die entsprechenden Zahlen für das Ausbildungsjahr 2017/2018 unverzüglich zu veröffentlichen.

Die Zahlen für das Ausbildungsjahr 2017/2018 sind mit Befassung der heutigen Deputation, Vorlage Nr. 19/521-L, veröffentlicht.

II. Beschlussempfehlung:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag), den Antrag der Fraktion DIE LINKE abzulehnen.

Stattdessen kann eine Veröffentlichung der von den Partnern der „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung“ zusammengestellten Daten zur Ausbildungs- und Übergangssituation im Land Bremen unmittelbar nach Befassung des Plenums der Partner befürwortet werden.